

**REAKTION DES OSTBLOCKS AUF DEN 10. PARTEITAG DER KPCH:
In China nichts Neues - "Mit voluntaristischen Parolen" weiterhin "auf Treibsand gebaut"**

Die politische Reaktion der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder auf den 10. Parteitag der KPCh vom 24.8. - 28.8.1973 war, wie erwartet, einheitlich. Die einzige Ausnahme bildete Rumänien, das nur wenige Tage nach dem Pekinger Parteitag eine offizielle ZK-Delegation in die VR China sandte, die dort Informationsgespräche "in einer herzlichen Atmosphäre der Freundschaft" führte (vgl. Übersicht Nr. 14). Im Gegensatz zu Rumänien, das offensichtlich bereit ist, die Ideologie und Politik der VR China als eine "chinesische Konkretisierung des Sozialismus" zu werten, stand die propagandistische Kritik der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Paktes. So schreibt die *Iswestija* zur innenpolitischen Situation Chinas, daß die "Einheit der KPCh und Zuneigung zu ihrem Vorsitzenden Mao nichts weiter als Mythen" seien (Tass, 12.9.73). "Komplizierte und voluntaristische Parolen, die Pekings Politik in den Jahren des 'Großen Sprungs' und der 'Kulturrevolution' definierten, laufen, wenn die Demagogie abgelegt ist, auf militärisch-administrative Maßnahmen hinaus, um die gesellschaftliche Entwicklung anzuregen. ... Es gibt Fälle, in denen die Politik subjektiver Vorstellungen von Methoden und Richtungen gesellschaftlicher Umwandlung in krassem Gegensatz zu Erfordernissen der Gesellschaft steht. Genauso stehen die Dinge im maoistischen China. Dieses ist gerade die grundlegende Ursache für permanente politische Krisen." Der *Iswestija*-Kommentar fährt dann weiter fort, daß der 10. Parteitag "eigentlich nichts gelöst hat" und daß man zur Bewältigung "echter, brennender Probleme des heutigen China" keine Wege vorgeschlagen habe, denn "gerade dazu ist die maoistische Bewegung unfähig". "Die Zeit der Spannung, Instabilität und Ungewißheit geht weiter". Dieser Kommentar verdeutlicht nur den allgemeinen Tenor der osteuropäischen Medien zur Interpretation der innenpolitischen und parteipolitischen Beschlüsse der KPCh auf dem 10. Parteitag. So schreibt die Moskauer *Neue Zeit* (Tass, 13.9.73), daß man "die Kulturrevolution um jeden Preis rechtfertigen" und "die 'Richtigkeit der Linie Mao Tse-tungs und des 9. Parteitages' beweisen" wollte, "die wegen ihrer antisozialistischen Linie berüchtigt ist".

Auch die Prager *Lidowa* Demokratie (CETEKA, 10.9.73) fällt in diesen Chor ein, wenn sie behauptet: "Die über den 10. Parteitag vorliegenden Informationen führen zu dem unbestreitbaren Schluß, daß seit dem Parteitag der chinesischen KP im Jahre 1969 heftigste Fraktionskämpfe um die Macht in der KPCh stattgefunden haben.... Die ganze Nachkriegsgeschichte der KP Chinas ist vor allem eine Geschichte des Machtkampfes ihrer Führer, und bei einer Analyse der gegenwärtigen Situation Chinas haben wir keinen Grund zu

der Annahme, daß das in Zukunft anders sein wird. Maos kürzliche dunkle Erklärung über die Notwendigkeit nicht einer, sondern mehrerer 'Kulturrevolutionen' weist darauf hin, daß die gegenwärtige chinesische KP-Führung dies ebenfalls annimmt. Der Machtkampf in der Führung der KP Chinas hat tiefe Wurzeln in der ideologischen und politischen Krise des Maoismus.... Die Beseitigung von Gegnern von der politischen Szene löst allein keines der komplexen Probleme, vor denen die chinesische Innen- und Außenpolitik seit Jahren steht". Hierdurch wird "das Wesen des maoistischen Regimes als die Diktatur eines Einzelnen entlarvt". In noch stärkerem Maße verweist die Gewerkschaftszeitung TRUD auf die "volksfeindliche" Natur der chinesischen Parteiführung, die sie "als militärisch-bürokratische Diktatur eines engen Kreises" bezeichnet (Tass, 12.9.73). Dies habe nicht nur der Parteitag bewiesen, sondern auch die vorangegangenen Gewerkschaftskongresse auf den unteren Ebenen. Ziel dieser Kongresse sei es gewesen, "die Durchführung eines Kurses der Vorbereitung auf Krieg, Hunger sowie des Kampfes gegen den sogenannten Ökonomismus (zu) dirigieren, worunter jegliche Besorgnis über die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensstandards der Werktätigen verstanden wird". Im Anschluß hieran spricht TRUD vom fehlenden Wohnungsbau, von einem "grausamen Markensystem für Nahrungsmittel" und Urlaubsverweigerung für Arbeiter, Hungerlöhnen und anderen Dingen mehr, während "zu gleicher Zeit die Ausgaben für die Entwicklung des Militärpotentials der VR China mehr als ein Drittel des Landeshaushalts betragen", und angesichts dieses Zustandes - so *Iswestija* (Tass, 11.9.73) - hätten die "Organisatoren des 10. Kongresses der KP Chinas die Hauptaufgabe des Parteitages darin gesehen, die neue personelle Rangfolge in der obersten Partei- und Staatshierarchie zu legitimieren, die in den letzten zwei Jahren infolge verschiedenster Intrigen und Kompromisse hinter den Kulissen kompliziert worden war Der 10. Parteitag der KPCh hat in seinen Beschlüssen im Grunde genommen nichts entschieden. Eher oder später wird aber die Zeit kommen, da reale Probleme gelöst werden müssen Dann wird ein Wechsel der Politiker zu einem Wechsel der Politik führen".

Dieser Analyse schließt sich auch die ungarische Zeitung NEPSZABADSAG an, wenn sie außergewöhnlich "tiefgründig" urteilt: "Die sog. Pragmatiker unter Führung von Chou En-lai haben zweifellos an Stärke gewonnen Daneben sind auch einige vom 'Linken Flügel' in der Führung, die gegen den 'flexiblen' von Chou vertretenen Standpunkt sind und die Kontrolle der chinesischen KP selbst in die Hand nehmen wollen. Die Armee darf ebenfalls nicht ignoriert werden".

Zu der Atmosphäre der Geheimhaltung, die den Par-

teitag umgab und die unter westlichen Beobachtern Anlaß zu vielerlei unsicheren Mutmaßungen gab, hat NEPSZABADSAG ebenfalls eine Patenterklärung parat: "Das Geheimnis, das den Parteitag umgibt, läßt ... nur eine Erklärung zu: die Angst, daß die inneren Konflikte bekannt werden". Auch TRUD meint dazu (BTA, 5.9.73), daß man das Urteil der "chinesischen Werktätigen" fürchte, die erkannten, daß man "auf Treibsand gebaut" habe. Die inneren Parteikrisen spiegelten nur die Widersprüche der maoistischen Führung mit den Grundprinzipien des Sozialismus wider. Die Partei habe einen Zustand erreicht, in dem "es ihr unmöglich ist, die 'aktive' Stimmung und die 'Aktivität' der Massen anders in der Hand zu halten als durch Krisen". Und letztlich bemüht sich Tass sogar (11.9.73), die indische, moskautreue KP-Zeitung New Age anzuführen, wonach "die maoistische Führung offensichtlich viel vor ihrem Volk zu verbergen wünscht". "Ist dies ein Anzeichen für das Fehlschlagen einer Politik einer Handvoll Männer, die die Macht ergriffen?"

Zusammenfassend darf man das offizielle Urteil der osteuropäischen Länder zur inneren Situation Chinas vor und nach dem 10. Parteitag also folgendermaßen umgreifen. Es hebt sich nur unbedeutend von vorangegangenen Aussagen im chinesisch-sowjetischen Propagandakonflikt der letzten Jahre ab: Eine voluntaristische, antisozialistische Politik unter Mao Tse-tung hat das Land in einen Zustand der Desolation gestürzt, die sich in den permanenten Krisen und Machtkämpfen der Partei zu einer "militärisch-bürokratischen Diktatur" gesteigert hat. Der 10. Parteitag, der sich nahezu ausschließlich auf eine Sanktionierung der personellen Machtverteilung konzentrierte, mußte aus diesen Gründen in aller Geheimhaltung stattfinden.

Kennzeichnend für dieses Urteil scheint nicht so sehr die Frage, inwieweit es eine tatsächliche Beschreibung der chinesischen Entwicklung darstellt, sondern eher die Tatsache, daß es fast ausschließlich propagandistischer Herkunft ist, d.h. keinerlei beweisnahe Ausführungen vorangehen oder folgen. Die Eindrücke westlicher Beobachter und auch statistische Einzelveröffentlichungen der chinesischen Presse lassen eine entgegengesetzte Beurteilung der inneren Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung mit zumindest ebenso viel Berechtigung zu. Damit wäre dem Kausalzusammenhang von Wirtschafts- und Parteikrise ein Gutteil seiner Schlußkraft entzogen. Andererseits vermitteln die Veröffentlichungen der osteuropäischen Medien jedoch kaum den

Eindruck, daß sie an dem vorgezeichneten inneren Situationsbild Chinas per se interessiert seien. Vielmehr soll die "permanente politische Krise" einer alten Sublimationserklärung dienen, wonach von der internen "Instabilität und Ungewißheit" durch äußere Aggression - in diesem Fall gegen die sozialistische Sowjetunion - abgelenkt wird. Aus sowjetischer Sicht kann die chinesische Politik vor allem deshalb nicht sozialistisch sein, weil sie nach außen hin antisowjetisch ist. So schreibt NEPSZABADSAG (MTI, 5.9.73): "Es gibt keine Änderung in der antisowjetischen politischen Ordnung ... In China wird die Hauptleitlinie des 9. Parteitages aufrechterhalten, daß die Sowjetunion, die Gemeinschaft der sozialistischen Länder und die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung Ziel des Kampfes der maoistischen Partei bleiben. (TRUD (BTA, 5.9.73) meldet: "Auf der Suche nach einem Ausweg aus ihren Wirtschaftsabenteuern ... haben die maoistischen Führer längst mit den Traditionen des Klasseninternationalismus gebrochen und haben Partei und Staat auf den verruchten Weg des Chauvinismus, Antisowjetismus und der Dissidenz gebracht ... Der 10. Parteitag hat in dieser Hinsicht nichts Neues gebracht". Die Neue Zeit (Tass, 13.9.73) schließt sich an: "Das hervorstechendste Merkmal des von Chou En-lai vorgelegten 'politischen Berichts' ist vielleicht der Antisowjetismus. Der 10. Parteitag der maoistischen Führung wollte China so weit wie möglich vom Wege des Sozialismus abbringen. Die im 'politischen Bericht' enthaltenen haltlosen Erklärungen über die Treue zum Marxismus zeigen nur die Heuchelei der KPCh-Führung, die in Wirklichkeit eine subversive Tätigkeit gegenüber den sozialistischen Ländern betreibt".

Entscheidendes Beurteilungsfaktum des 10. Parteitages und der allgemeinen chinesischen Entwicklung bleibt für die Sowjetunion also weiterhin die Tatsache, daß China den sowjetischen Anspruch auf Sozialismus negiert, möglicherweise auch die Sorge vor einer chinesisch-amerikanischen Kooperation; denn es kann kaum Zufall sein, daß die NEPSZABADSAG zum Fall Lin Piaos ausführt: "Lin Piao hatte einen 'Fehler'. Er scheint an die völlig absurde Position geglaubt zu haben, die während der Kulturrevolution befürwortet wurde, daß der Kampf parallel und gleichzeitig gegen die amerikanischen Imperialisten und die Sowjetunion geführt werden müsse. Er scheint sich gegen die Tatsache gestellt zu haben, daß China mit den USA Handel treibt und Angriffe vor allem gegen die Sowjetunion zu konzentrieren seien".

Machetzki